

Sozialbündnis Hannover

Stellungnahme zum Hearing des Sozialausschusses der Region Hannover, 26. November 2008

Am Donnerstag, den 27.11.08, findet im Sozialausschuss der Region Hannover um 15.30 Uhr ein Hearing zur Einführung eines Sozialtarifes im ÖPNV für ALG-II-Empfänger und andere Bedürftige statt. Geladen sind Experten aus Städten bzw. Regionen, die bereits verbilligte Fahrkarten anbieten. Das Sozialbündnis Hannover bat mit der Unterstützung von Regions-Parlamentariern auch um eine Anhörung ihres nominierten Sprechers, was von der Verwaltung jedoch abgelehnt wurde.

Über die Notwendigkeit eines geförderten Sozialtickets sind sich interessierte Öffentlichkeit, Politik und Nahverkehrsbetriebe vielerorts einig. Ob in Hamburg mit einer schwarz-grünen Koalition, im Landkreis Unna mit einem schwarz-gelb-grünen Jamaika-Bündnis, in einer großen Koalition in Brandenburg, ob im rot-roten Berlin oder in rot-grünen Bündnissen zwischen Rhein und Ruhr: bürgerschaftliches Engagement, Vereinsleben, familiärer Zusammenhalt und aktive Teilhabe an der Gesellschaft werden durch ein Sozialticket gefördert. Denn der öffentliche Verkehr ist ein unentbehrliches Mittel der Teilhabe und Daseinsvorsorge.

Im Kanon der Kommunen war die Region Hannover eine der führenden Stimmen, seit die Diskussion um das Sozialticket begann. Diese Rolle steht auf dem Spiel, seit Regionspräsident Hauke Jagau den Beschluss der Regionsversammlung vom Dezember 2007 im September 2008 zur Disposition gestellt hat. Auf der Grundlage des völlig unprofessionell erstellten e-mares-Gutachtens wird seitdem die Finanzierbarkeit des Sozialtickets für die Region Hannover in Frage gestellt.

In einer am 17.10.2008 vom Sozialbündnis Hannover veröffentlichten Stellungnahme zu der e-mares-Marktforschungs-Studie hat das Bündnis nachgewiesen, dass die von Verwaltung und e-mares hochgerechneten Ergebnisse nicht haltbar sind. In einem Gespräch mit Vertretern der Regionsfraktionen von SPD/ GRÜNEN und DIE LINKE konnte am 19.11.08 darin Übereinstimmung erzielt werden.

Belastbare Zahlen zu möglichen Mehrkosten oder gar zu Gewinnen der GVH durch eine von vielen Bedürftigen angenommene Sozial-Rabattierung sind mit Sicherheit nur durch einen Feldversuch möglich; dies ist auch die Erkenntnis der Regionen, die wissenschaftlich begleitet Sozialtickets eingeführt haben.

Im Sozialausschuss der Region soll jetzt versucht werden, die Peinlichkeit für die rot-grüne Koalition in der Region abzuwenden und einen Ausweg für die ca. 120.000 bedürftigen Bürgerinnen und Bürger zu finden.

Doch wie lässt sich bei knappen Kassen Sozialpolitik gestalten? Das Sozialbündnis nennt Beispiele:

Ein Stiftungsmodell aus Bielefeld ermöglicht einen 10% Rabatt auf die regulären Fahrpreise - immerhin! Ein Großkundenrabatt für eine Klientel von mehreren zehntausend Kunden könnte allerdings gut und gerne 25% betragen, wenn mit dem GVH entsprechende Verhandlungen aufgenommen würden.

Im verschuldeten Berlin ist es der KVB möglich, einen Sozialtarif für Erwerbslose und Geringverdiener anzubieten. Wie auch in Dortmund scheint der politische Wille allerdings die finanziellen Klippen weniger klug zu umschiffen – für Betriebswirtschaftler unverständlich wird hier unnötig öffentliches Geld ausgegeben.

Das Sozialbündnis Hannover bevorzugt jedoch eine Lösung, wie sie seit Anfang 2007 im Kölner Verkehrsverbund (VRS) praktiziert wird. Dort wird nach 2007 und 2008 auch 2009 ein Sozialticket angeboten, das nicht - wie ursprünglich befürchtet - viele Millionen Euro verschlingt. In Köln, von den Zahlen der Berechtigten her mit der Region Hannover vergleichbar, konnte der Zuschusshunger der Verkehrsbetriebe erfolgreich gebremst werden. Für das Jahr 2009 ist in Köln (Verkehrsverbund) mit über 150.000 Berechtigten, die jetzt den ÖPNV mit einem mehr als 50%-igen Preisnachlass nutzen können, ein Ausgleichbetrag von nur etwas über 1 Mio. Euro vereinbart worden.

Die Region Hannover mit ca. 120.000 Berechtigten könnte eine ähnliche Entwicklung verzeichnen und so das mit der Koalitionsvereinbarung besiegelte Grundrecht auf Mobilität umzusetzen.

Das Sozialbündnis Hannover hofft, dass es dem stellvertretenden Sozialdezernenten Oster aus Köln gelingen wird, den hannoverschen Kommunalpolitikern diesen Weg nahe zu legen.

Unsere Forderung steht:

Sofortige Einführung eines Sozialtarifes für die finanzschwächsten bedürftigen Mitbürger!
Dazu braucht es vor allem Kreativität, Sachverstand und den politischen WILLEN.

Für das Sozialbündnis Hannover:
Joachim Peiler (Sprecher Sozialbündnis) – Heinz-Dieter Grube (Alptraum)– Gerda Egbers (KDA) - Steffen Holz (DGB)